

P R O T O K O L L
der 378. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 20. September 2016
Zeit	19.30 – 20.15 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Thut Walter (Vizepräsident)
Mitglieder	Anrig Marc, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Markus, Brügger Yong, Brunner Joe, Burkhard Fabian, Corti Andrea, Grubwinkler Christa, Gubler Matthias, Jordi Kevin, Kästli Marc, Kneubühler Peter, Legler Bettina, Mäder Renate, Mallepell Elisabeth, Müller Frei Lisa, Racine Raphael, Reimers Markus, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schneider Beat, Schwander Fritz, Spycher Christian, Stettler Jürg, von Gunten Adrian, Waber Rudolf, Wälti Mathias, Wegmüller Beat
Stimmenzählende	Brunner Joe, Reimers Markus
Vertreter des Gemeinderats	Gubler-Geelhaar Patricia, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Marti Thomas, Leiter Umwelt + Verkehr (Traktanden 2 + 3)
Entschuldigt abwesend	GGR: Aebersold Jürg, Bärtschi Daniel, Damke Andreas, Humm Martin, Kempf Stefan, Lauper Reto, Raaflaub Ruth, Schmitter Beat, Siegenthaler Muinde Gabriele, Weibel Raphael GR: Hanke Thomas, Gemeindepräsident
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 10

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 23. August 2016	571
2	Begegnungszone Bahnhofstrasse Gümligen; Verpflichtungskredit	571
3	Buchenweg; Sanierung; Verpflichtungskredit	575
4	Motion forum betr. kultur-historische Informationstafeln	576
5	Interpellation Schmid (SP): Wie wird das Einhalten des Tempos 30 in den Quartieren sichergestellt?	577
6	Interpellation Wegmüller (SP): "Wie weiter mit der Parzelle (Schrebergärten) am Hiltyweg?"	578
7	Einfache Anfrage SP-Fraktion betr. Schulmodell und Spezielle Sekundarklassen	578
8	Einfache Anfrage der FDP-/Jungfreisinnigen-Fraktion betr. dem geplanten Dosiersystem (siehe BZ-Artikel vom 28.6.2016 "Der Stau wird umverteilt")	578
9	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	578
10	Neue parlamentarische Vorstösse	579

Der Vorsitzende eröffnet die 378. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 30 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse sowie die Zuhörerin im Saal. Seitens der Verwaltung begrüsse er Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, welcher bei den Traktanden 2 und 3 zur Verfügung stehen werde.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Protokoll der Sitzung vom 23. August 2016

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

2 Begegnungszone Bahnhofstrasse Gümligen; Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, zur Verfügung.

Daniel Arn führt aus, die GPK habe das vorliegende Geschäft selbstverständlich ausführlich angeschaut und besprochen. Ergänzend zur vorliegenden Botschaft sei auch Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, anwesend gewesen und habe nebst dem Gemeindepräsidenten noch zusätzliche Auskünfte erteilt. Die Unterlagen seien

nun vollständig, einzig der Plan lasse noch gewisse Wünsche offen. So habe die GPK einige Details festgestellt, nämlich dass beispielsweise ein Datum fehle oder auch ein Massstab. Ansonsten seien die Unterlagen verständlich aufgearbeitet. Die GPK habe aber auch festgestellt, dass auf dem Plan immer noch "Begegnungszone Bahnhofplatz" stehe, richtig wäre "Begegnungszone Bahnhofstrasse". Die GPK habe von den Kosten von CHF 1,375 Mio. Kenntnis genommen und die Aufschlüsselung der Kosten auch nachvollziehen können. Beantragt werde dem GGR ein Kredit von CHF 1,375 Mio., obschon der Gemeindeanteil nur CHF 485'000.00 betrage. Der Gemeindepräsident und auch Thomas Marti hätten der GPK bestätigt, dass allfällige Mehrkosten nicht allein die Gemeinde zu tragen hätte, sondern dass versucht würde, diese anteilmässig auf alle "Player" abzuwälzen. Dies verlange natürlich eine sehr genaue, intensive Kostenkontrolle. Im Abstimmungstext sei auch der Planungskredit von CHF 95'000.00 erwähnt, der unter zweien Malen bereits bewilligt worden sei. Die GPK habe diese CHF 95'000.00 in der Kostenaufstellung nicht festgestellt, es sei ihr aber gesagt worden, dass sie unter dem Bereich "Honorare / Bewilligungen / Vermessung" stecken würden. Das vorliegende Geschäft sei aus Sicht der GPK richtig aufgelegt und wie normalerweise üblich enthalte sich die GPK weiterer Bemerkungen.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, wie Daniel Arn soeben schon erwähnt habe, handle es sich um die "Begegnungszone Bahnhofstrasse" und nicht "Bahnhofplatz"; dies sei leider auf dem Plan falsch vermerkt. Zwischen den 6 Geleisen: So könnte das Projekt auch bezeichnet werden; und zwar solle die Begegnungszone zwischen den Geleisen der SBB/BLS und des RBS entstehen, wobei das Geleise des RBS Teil der Begegnungszone werden solle, indem das heutige Schottergleis in einen festen Untergrund eingebaut werde. Dieser neue und für Fussgänger zugängliche Teil werde zusammen mit der heutigen Strassenfahrbahn und dem Trottoir den Perimeter ausmachen. Alle würden diese Situation kennen, zum Beispiel von der Markt- oder Spitalgasse in Bern. Dort verkehre das Tram auch auf der Strasse. Es gelte dort wie auch beim Projekt "Begegnungszone Bahnhofstrasse" aber, dass das Tram Vortritt habe. Es sei also keine Flaniermeile oder gar ein Ort, wo sich Frau und Mann ohne Vorsicht bewegen könnten. Zwischen den 6 Geleisen, habe er gesagt. Dies heisse rechtlich gesehen, dass innerhalb des Bahnperimeters das Eisenbahngesetz gelte. Dieses sei sehr restriktiv bezüglich aller Einflüsse auf die Sicherheit und den Fahrbetrieb. Alle Personen, die sich hier aufhalten würden, hätten dies zu beachten und zu respektieren.

Am 19. November 2015 sei der Mattenleist anlässlich einer Veranstaltung über die Absichten informiert worden. Neben der "geschichtlichen" Darstellung – bereits 2005 habe der Mattenleist angeregt, eine Begegnungszone einzurichten – und der Vorstellung der Projektorganisation sei auch das Projekt selber präsentiert worden, nämlich

- Einrichten einer Begegnungszone auf dem Bahnhofareal
- Aufhebung des Schottergleises und Umwandlung in ein begehbare Betongleis
- Erhöhung der Perronkante auf 24 cm (Behindertengesetz)
- Ersatz der bestehenden Wartehalle
- Sanierung und Umgestaltung der Bahnhofstrasse

Nach der Beantwortung der zahlreichen Fragen und der Entgegennahme von diversen Hinweisen und Empfehlungen habe sich der Mattenleist befriedigt gezeigt von der vorgelegten Absicht und gewünscht, dass die Umsetzung im Rahmen der vorgesehenen zeitlichen Planung erfolgen sollte.

Er komme nun auf die Kosten zu sprechen: Beantragt werde ein Verpflichtungskredit über CHF 1'375'000.00. Darin enthalten seien der Planungskredit und die Mehrwertsteuer. Ein stolzer, ein hoher Betrag, den es aber zu relativieren gelte.

1. Inbegriffen in diesem Betrag seien alle Aufwendungen, die durch Dritte finanziert oder mitfinanziert würden. Er verweise dazu auf die Zusammenstellung auf Seite 3 der Botschaft, Punkt 4.
2. Für die Gemeinde würden nach Abzug der Leistungen der Kostenbeteiligten insgesamt CHF 485'000.00 verbleiben. Diese Kosten würden rund CHF 145'000.00 über dem im Investitionsplan eingestellten Betrag liegen.
3. Begründet seien diese Mehrkosten mit der Übernahme von Kosten für teurere Sicherungsanlagen des RBS, welche die Gemeinde als Projektverursacherin zu tragen habe. So sehe dies die Regelung mit dem RBS vor.
4. Damit die Eisenbahngesellschaft RBS ihren Kredit auslösen könne, verlange sie die Kreditgenehmigung des "Verursachers" – sprich der Gemeinde –, einschliesslich der Beträge der Kostenbeteiligten. Dies sei im Geschäftsgebaren mit derartigen Unternehmen üblich. Netto würden aber für die Gemeinde nicht mehr als die erwähnten CHF 485'000.00 verbleiben.
5. Mit nicht weniger als CHF 325'000.00 würden sich die beiden unmittelbaren Anstösser Frick Verwaltungen AG und Swisscanto (Mattenhofgebäude) beteiligen. Dies sei anerkennenswert. Dass dem so sei, basiere auf weitsichtigen Verträgen, welche unsere politischen Verantwortlichen mit diesen Eigentümern weit vor der konkreten Planungsaufnahme abgeschlossen hätten.

Wichtig sei: Die Gemeinde sei Verursacherin und damit Kostenträgerin. Mit den in der Botschaft erwähnten "Playern" hätten einvernehmliche und realistische Beteiligungslösungen gefunden werden können. Der Gemeinderat sei überzeugt, dem GGR mit der vorgelegten Planungsvariante ein gutes und den nicht ganz einfachen Rahmenbedingungen gerecht werdendes Projekt vorgelegt zu haben. Dass der "Mehrwert" hier seinen Preis habe, nämlich den Gemeindeanteil von CHF 485'000.00, sei eben auch auf die ganz speziellen Verhältnisse der Mitbeteiligten zurückzuführen. Und was man sicher auch nicht könne sei, die neu zu schaffenden rund 60 Veloabstellplätze mit dem verbleibenden Gemeindebetrag zu dividieren. Dies würde wahrlich einen stolzen Betrag pro Veloabstellplatz ergeben.

Die SBB habe während der Projektphase erklärt, dass sie das geplante Glasdach vom Shop bis zum Stationsgebäude nicht realisieren, da die erforderlichen Mittel erst in rund 4 Jahren bereitstehen würden. Mit dabei sei hier auch der Rückbau des heutigen Stationsgebäudes. Dies sei unschön und verlängere den unvollendeten Zustand. Der Gemeinderat sehe aber davon ab – z.B. in Form einer Vorfinanzierung, wie bei der Erstellung des Perronliftes – hier aktiv zu werden. Er gebe bei Fragen gerne weitere Auskünfte und bitte den Rat, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen und den Kredit zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Markus Bärtschi erklärt namens der SVP-Fraktion, richtig gut sei eine Organisation erst dann, wenn es auch mit der Stellvertretung reibungslos funktioniere. Er sei zuversichtlich, dass heute Abend der Beweis erbracht werden könne, dass der Rat eine richtig gute Organisation sei. Die SVP-Fraktion sei der Auffassung, dass der Arbeitstitel der Vorlage zu hoch gegriffen sei. Eine Begegnungszone wecke Erwartungen, welche die vorliegende Vorlage nicht zu befriedigen vermöge. Dem sollte bei der künftigen Kommunikation im Zusammenhang mit diesem Projekt Rechnung getragen werden, wenn sich nicht die Geschichte des Friedrich-Glauser-Wegs wiederholen solle. Ganz nüchtern betrachtet könnte auch von Tiefbau gesprochen werden, wobei dies dann schon wieder eher tief gestapelt wäre. Die SVP sei der Auffassung, dass sich die im Projekt enthaltenen Mehrwerte für unsere Gemeinde durchaus lohnen

würden und den Preis wert seien. Und zwar bestehe dieser Preis eigentlich aus den CHF 400'000.00, die noch nicht ausgegeben worden seien und über die der Rat heute faktisch beschliesse. Eine Begegnungszone, die diesen Namen verdienen würde, würden wir dafür nicht erhalten, aber eine solche könnten wir uns auch nicht leisten. Abgesehen davon wäre sie angesichts der restriktiven Rahmenbedingungen auch nur sehr schwer umsetzbar. Das Verhandlungsergebnis über den Nettoanteil der Gemeinde dürfe als erfreulich bezeichnet werden und für die ganze Vorlage sei der Bauverwaltung der Dank der SVP sicher. Mit einer Ablehnung der Vorlage wäre sehr wahrscheinlich ein Aufschieben auf unbestimmte Zeit verbunden, was zu vermeiden sei. Man sollte die Chancen packen und den Hebel der Kostenbeteiligungen der Partner jetzt ausnützen. Entsprechend unterstütze die SVP-Fraktion den gemeinderätlichen Antrag.

Beat Wegmüller führt aus, die SP-Fraktion habe sich intensiv mit dem Geschäft auseinandergesetzt und sie werde dem Verpflichtungskredit von CHF 1,375 Mio. nicht zustimmen. Grundsätzlich befürworte die SP Begegnungszonen. Sie spreche lieber von einer Zone mit 20 km/h-Beschränkung. Bekanntlich hätten wir mit den Begegnungszonen nicht nur positive Erfahrungen gemacht. Was die Gründe für die Zurückhaltung der SP bei diesem Geschäft seien? Der Mehrwert dieses Projekts – vor allem für Fussgängerinnen und Fussgänger – sei eher gering. Das Kosten- / Nutzenverhältnis erscheine der SP nicht optimal. Was wir für den Gesamtbetrag von rund CHF 1,4 Mio. erhalten würden, sei aus Sicht der Bevölkerung eher mager, auch wenn die Gemeinde nur einen Anteil von rund 35 % oder CHF 485'000.00 zu tragen habe. Die Zone sei nur 58 m lang und der Laufmeter koste brutto CHF 23'700.00. Vor allem finde es die SP schade, dass zum heutigen Zeitpunkt keine Gesamtlösung verwirklicht werden könne, weil die SBB erst im Jahr 2018 oder 2020 das alte Bahnhofgebäude abreißen und eine Überdachung realisieren wolle. Damit seien aufwändige Provisorien mit dem Verschieben der Veloabstellplätze notwendig. Fazit der SP: Das Projekt sei gut gemeint und es sei erfreulich, dass sich mehrere Partner finanziell daran beteiligen wollten. Das vorliegende Projekt bringe gegenüber dem heutigen Zustand hinsichtlich Verkehr und Gestaltung keine wesentliche Verbesserung. Vor allem sei wegen der zeitlichen Verzögerung der SBB heute keine Gesamtlösung möglich; es sei also eine halbe Sache. Die SP-Fraktion lehne zum heutigen Zeitpunkt den Verpflichtungskredit ab.

Jürg Stettler erklärt, die forum-Fraktion stimme dem Antrag des Gemeinderats zu. Das forum gehe davon aus, dass der Gemeinderat die Finanzsituation entsprechend im Griff gehabt habe und keine Mehrkosten entstehen würden. Für das forum sei es wichtig und eine Priorität, dass es bei der Neugestaltung auch einige Grünflächen geben werde. Im Moment sehe es so aus, als würde die Begegnungszone ziemlich steril daherkommen. Das forum werde sich dafür einsetzen, dass der Bereich etwas grüner werde, stimme aber dem Antrag zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Daniel Arn verzichtet als GPK-Sprecher auf ein Schlusswort.

Christian Staub führt in seinem Schlusswort aus, er möchte gerne Beat Wegmüller bezüglich Begegnungszone eine Antwort geben. Er sei nicht Jurist, aber es habe vermutlich im Saal genügend Juristen, die das genau bezeichnen könnten. Für ihn sei eine Begegnungszone eine verkehrsjuristische Bezeichnung. Dies stehe so im Gesetz und wir könnten nichts daran ändern. Wir könnten nicht dem Kind einen neuen Namen geben, sondern würden nach Vorgabe des Gesetzes von einer Begegnungszone sprechen. Beat Wegmüller habe ausgeführt, es sei mager, was wir erhalten würden und habe vorgerechnet, was der Laufmeter koste. Dies sei zwar zutreffend, aber wie erwähnt würden wir uns zwischen 6 Geleisen befinden. Irgendwo

sei unser Teil, den wir gerne hätten und mehr als in der vorliegenden Grössenordnung sei nicht möglich. Dass "Players" wie SBB oder RBS dies eher an die Verursacher hinüberschieben und einen höheren Kostenbeitrag verlangen würden, sei Gegenstand der Verhandlungen gewesen und er sei der Meinung – und auch Markus Bärtschi habe dies gesagt –, dass die Gemeinde nicht schlecht verhandelt habe mit diesen grossen "Players". Zu den erwähnten Provisorien: Es gebe keine Provisorien. Die 60 Veloabstellplätze würden realisiert; es handle sich um doppelstöckige Einrichtungen. Diese würden weiter verwendet, wenn man dann einmal so weit sei, dass das Stationsgebäude weg sei und dort weitere Veloabstellplätze gebaut werden könnten. Die alten würden wenn immer möglich bestehen bleiben, die Gemeinde möchte mehr Abstellplätze auf dieser Seite des Bahnhofs schaffen. Deshalb sei es nicht ganz richtig zu sagen, es gebe nichts Neues oder es gebe keinen Mehrwert. Für den Hinweis bezüglich der Grünbereiche sei er froh. Dies sei sicher ein Thema im Rahmen der weiteren Planung, wenn man endlich einmal sehe oder spüre, was die SBB gerne realisieren möchte oder was eben nicht.

Beschluss (23 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung)

Für die Begegnungszone Bahnhofstrasse Gümligen wird ein Verpflichtungskredit von CHF 1'375'000.00 (inkl. bestehender Planungskredit von CHF 95'000.00) inkl. MWST bewilligt.

3 Buchenweg; Sanierung; Verpflichtungskredit

Der Vorsitzende verweist auf die vorliegenden Unterlagen und orientiert, zur Auskunftserteilung stehe Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, zur Verfügung.

Der Vorsitzende orientiert weiter, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, es gehe hier darum, eine angefangene Arbeit fertig zu machen. Wie der Botschaft zu entnehmen sei, sei einiges bereits gemacht worden, einerseits seitens der Gemeindebetriebe, aber auch seitens der Einwohnergemeinde bezüglich Beleuchtung. Man möchte die Sanierung nun fertigstellen, damit das Kapitel Buchenweg abgeschlossen werden könne. Er mache deshalb beliebt, dem gemeinderätlichen Antrag zuzustimmen und den Betrag von CHF 400'000.00 zu sprechen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Matthias Gubler führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe an ihrer Sitzung vom 15. September 2016 den Verpflichtungskredit für die Sanierung des Buchenwegs besprochen. Nachdem 2015 bereits die Leitungen (Wasser, Gas, Telecom) am Buchenweg saniert worden seien, sei es nun an der Gemeinde, im zweiten und letzten Schritt die Strasse zu sanieren. Wer mit dem Velo durch den Buchenweg fahre, könne leicht feststellen, dass dieser einer Schotterpiste ähnlich sei. Deshalb würden nun die üblichen Sanierungsarbeiten einer Strassenrenovation fällig. Die budgetierten Kosten würden sich auf CHF 400'000.00 und damit um CHF 50'000.00 tiefer als im Investitionsplan vorgesehen belaufen. Die FDP/jf-Fraktion unterstütze das Geschäft.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

Es erfolgt der Hinweis, dass die Beschlussfassung – in Ergänzung zum Antrag in der Botschaft – über den Verpflichtungskredit von CHF 400'000.00 inkl. MWST erfolgt.

Beschluss (einstimmig)

1. Die vorgeschlagene Sanierung wird gutgeheissen.
2. Sprechung Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 400'000.00 (inkl. bestehender Projektierungskredit von CHF 25'000.00) inkl. MWST.

4 **Motion forum betr. kultur-historische Informationstafeln**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Jürg Stettler (forum) führt aus, das forum sei mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Nur kurz einige Worte dazu, weshalb diese Motion eingereicht worden sei: Mit Informationstafeln solle wichtiges kulturelles und historisches Wissen aus unserer Gemeinde einer breiten Bevölkerung zugänglich gemacht werden. Die Informationen sollten sichtbar sein; sie würden einerseits die Identität und andererseits auch ein wenig das Standortmarketing unserer Gemeinde verstärken. Die gemeinderätliche Antwort nehme das forum zur Kenntnis und freue sich, dass es abgesehen vom Aufwand, der befürchtet werde, keine Gründe gebe, der Realisierung nicht zuzustimmen. In Sachen Umsetzung sei das forum der Meinung, dass der Aufwand nicht extrem gross sein müsse; es müsse kein Elefant gemacht werden, ein Rentier sei ausreichend. Vielleicht müssten die Informationen auch nicht 3-sprachig sein, dies müsse man dann im Detail noch anschauen. Das forum sei gerne bereit, interessiert mitzuarbeiten und würde sich freuen, wenn das Konzept mit einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe – unter der Leitung der Kulturkommission – erarbeitet würde.

Raphael Racine erklärt namens der SP-Fraktion, er sei etwas überrascht gewesen, dass das forum mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden sei; er hätte eigentlich damit gerechnet, dass das forum den Vorstoss als Motion "durchziehen" wolle. Die SP sei aber mit einer Überweisung als Postulat einverstanden. Der britische Schriftsteller Salman Rushdie habe einmal gesagt: "*Wer seine Geschichte nicht erzählen kann, existiert nicht.*" Wir wollten doch als Dorf Muri-Gümligen tatsächlich auch existieren und unsere Geschichte weiter erzählen. Geschichte schaffe Identität, Verständnis und Einsicht. Er denke, dass dieses Projekt ein Miniprojekt sei. Es gehe um einige Informationstafeln, die aufgestellt werden sollten. Es sei nicht definiert – die Motion lasse viel Handlungsspielraum offen –, wie gross das Projekt werden solle, wie auch Jürg Stettler bereits angekündigt habe. Vielleicht könne man einmal mit 10 Infotafeln beginnen und später weitere machen. Dies liege im Handlungsspielraum der Leute, die das Projekt umsetzen würden. Auch von den Kosten her denke er, dass es nicht ein Riesenprojekt werde. Wenn der Rat wie soeben bereit sei, eine Begegnungszone für rund eine halbe Million Franken zu bauen – welcher die SP ja ziemlich kritisch gegenüberstehe –, so denke er, dass ein Projekt wie das vorliegende, das vielleicht maximal CHF 20'000.00 kosten werde, sicher "drinliege". Die SP-Fraktion stimme daher der Überweisung des Postulats zu.

Marc Anrig führt aus, die FDP/-jf-Fraktion unterstütze die Umwandlung der Motion in ein Postulat. Er habe kürzlich einmal eine Denkmalpflege-App aufgeschaltet, auf welcher alle Liegenschaften unter Denkmalschutz im Kanton Bern mit Fotos aufgeschaltet seien. Die FDP habe darüber diskutiert, wie sich dies innerhalb der Gemeinde entwickeln werde, ob plötzlich alle Leute von der Villa Mettlen zum Schloss Gümligen flanieren würden mit einem Handy, damit sie unterwegs

interessante Gebäude anschauen könnten. Es gebe zu viele Fragezeichen: Man wisse nicht, ob eine Nachfrage für derartige Informationstafeln bestehe, wie viele Besucher dies interessieren könnte, wie die Präsentation auf der Homepage der Gemeinde aussehen solle etc. Deshalb unterstütze die FDP/jf-Fraktion die Umwandlung in ein Postulat.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Patricia Gubler verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat forum betr. kultur-historische Informationstafeln wird überwiesen.

5 **Interpellation Schmid (SP): Wie wird das Einhalten des Tempos 30 in den Quartieren sichergestellt?**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, die Gemeinde werde ab nächster Woche über ein zusätzliches Geschwindigkeitsmessgerät verfügen; man habe ein solches zugemietet. Alle würden diese Geräte kennen, sie würden am Strassenrand stehen und es werde angezeigt, wie schnell man unterwegs sei. Dies sei eine Massnahme, die aus der Diskussion über die 30er-Zonen abgeleitet worden sei. Die Gemeinde werde sodann vermutlich noch ein zusätzliches drittes Gerät beschaffen. Ob dies käuflich sei oder gemietet werde, werde man sehen. Die Geräte seien im Moment nicht verfügbar, da offenbar gerade in allen Gemeinden die 30er-Zonen ein Thema und deshalb diese Geräte gefragt seien. Er wolle darauf aufmerksam machen, dass man auf der Homepage der Kantonspolizei die Statistik über die polizeilichen Geschwindigkeitsmessungen herunterladen könne. Dort seien alle Gemeinden aufgeführt. Muri sei im Jahr 2015 mit 28 Messungen vertreten, insgesamt seien es 40 Stunden gewesen. Es seien über 12'000 Fahrzeuge gemessen worden, 804 Ordnungsbussen seien erteilt und 7 Anzeigen eingereicht worden. Die Ahndungsquote liege mit 6,63 im Vergleich mit anderen Gemeinden wirklich sehr weit unten. In letzter Zeit seien verschiedene Messungen durchgeführt worden (Dr. Haas-Strasse, Haldenweg, oberer Wehrliweg) und es habe sich überall bestätigt, was in der Antwort auf die Interpellation ausgeführt worden sei, nämlich dass der V85-Wert immer eingehalten worden sei. Die wenigen Ausreisser, die mit mehr als Tempo 30 fahren würden, würden meistens unter 10 % ausmachen. Dies sei im Rahmen dessen, was der Gesetzgeber als "tolerierbar" oder "normal" bezeichne.

Eva Schmid (SP) bedankt sich herzlich für die zusätzlichen Ausführungen. Ebenfalls danke sie dem Gemeinderat und Herrn Marti von der Bauverwaltung für die umfassende und informative Beantwortung ihrer Interpellation. Die SP sei beruhigt, dass der V85-Wert gestützt auf die Messungen der Bauverwaltung bei 29 km/h liege. Vielleicht spiele hier die Umkehrung von Murphy's Law, nämlich dass dann, wenn Messungen vorgenommen würden, die Werte so gut seien. Ihre Feststellungen an ihrem Wohnort an der Dr. Haasstrasse, die sowohl von automobilisierten als auch von nicht automobilisierten Nachbarn bestätigt würden, würden etwas anders aussehen. Aber dies liege vermutlich in der Natur der Sache. Sie bedanke sich und werde weiterhin gut hinschauen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

6 Interpellation Wegmüller (SP): "Wie weiter mit der Parzelle (Schrebergärten) am Hiltyweg?"

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für seine Ausführungen. Er sei mit der Antwort teilweise befriedigt. Etwas überrascht habe ihn, dass der Gemeinderat weiterhin zurückhaltend über das Geschäft informieren wolle. Er interpretiere die Antwort so, dass die Parzelle auf längere Sicht noch nicht erschlossen und überbaut werde.

Das Wort wird aus dem Rat nicht verlangt.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

7 Einfache Anfrage SP-Fraktion betr. Schulmodell und Spezielle Sekundarklassen

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Stephan Lack verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

8 Einfache Anfrage der FDP/jf-Fraktion betr. dem geplanten Dosiersystem (siehe BZ-Artikel vom 28.6.2016 "Der Stau wird umverteilt")

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Der Rat nimmt die Stellungnahme des Gemeinderats zur Kenntnis.

9 Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Erdbebenopfer in Italien

Daniela Pedinelli informiert, der Gemeinderat habe CHF 5'000.00 an die Caritas für die Erdbebenopfer in Italien gesprochen.

Posten Kantonspolizei in Gümligen

Christian Staub informiert, er habe kürzlich darüber orientiert, dass der Kapo-Posten Gümligen im Moment nicht besetzt sei. Dies ändere sich ab dem 1. Oktober 2016. Dann werde der Posten in Gümligen wieder Vollbestand haben und es seien genügend Leute vorhanden, damit ein Schaltdienst gewährleistet werden könne. Der Posten werde jeweils am Dienstag und am Donnerstag von 08.00 bis 17.00 Uhr geöffnet sein. Er hoffe, dass dies so bleibe.

10 Neue parlamentarische Vorstösse

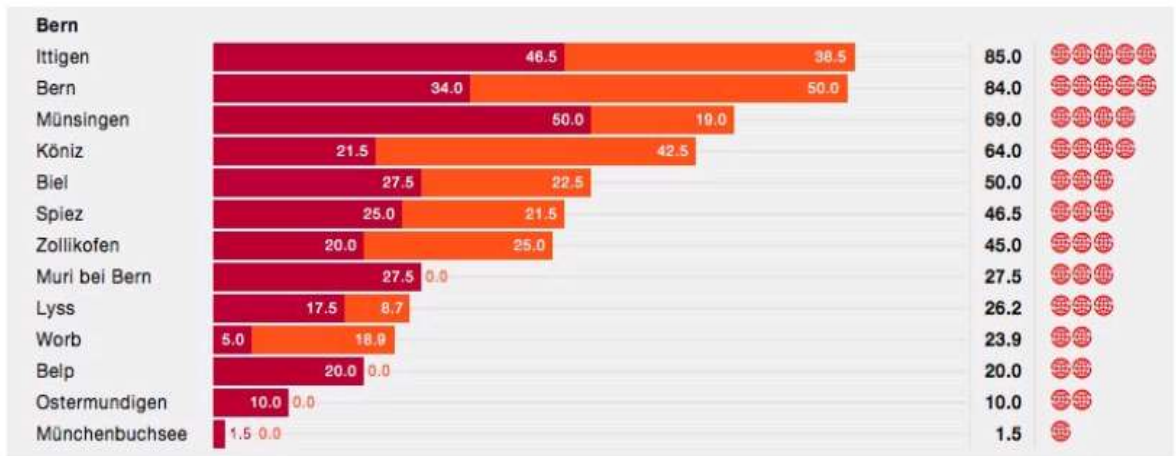
Motion forum betr. lokale und nachhaltige Beschaffung

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Beschaffungsrichtlinien dahingehend anzupassen, dass lokale Anbieter optimal informiert und angemessen berücksichtigt werden (soweit dies rechtlich zulässig ist) und dass die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit für alle Beschaffungen das prioritäre Kriterium ist.

Überlegungen

Lokales Einkaufen hat nicht nur eine gesellschaftliche Bedeutung (Muri-Gümligen soll nicht zur reinen Schlafstadt werden, weil Einkäufe nur noch in Bern oder im Internet stattfinden), sondern lokales Einkaufen minimiert auch Transportwege, fördert nachhaltige Produkte, sichert Arbeitsplätze und generiert Steuereinnahmen für die Gemeinde. Kurz: Lokales Einkaufen ist somit aus vielerlei Gründen von öffentlichem Interesse. Lokales Einkaufen ist zudem ein Beitrag zu einer Beschaffung, die sich konsequent an Nachhaltigkeitskriterien ausrichtet: dabei geht es sowohl um soziale, ökologische als auch wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Wie steht es in unserer Gemeinde diesbezüglich?

Das Gemeinderating von Solidar Suisse, welches 2016 zum dritten Mal durchgeführt wurde, zeigt, dass in unserer Gemeinde in Sachen nachhaltige Beschaffung noch beträchtliches Verbesserungspotential vorhanden ist. Offensichtlich hat sich Muri-Gümligen seit dem letzten Rating nicht verbessert, sondern stagniert bei 27.5 von 100 Punkten:



Quelle/Infos zum Gemeinderating: <http://www.solidar.ch/de/projekt/solidar-suisse-gemeinderating-2016>

Unabhängig davon, wie die aktuelle Praxis aussieht (vielleicht werden in der Realität einige angesprochene Punkte bereits umgesetzt), ist es für die Rechtssicherheit und für eine konstante Praxis sinnvoll, die wichtigsten Beschaffungsvorgaben zur primären Berücksichtigung von lokalen Anbietern und von Nachhaltigkeit in sozialer, ökologischer und finanzieller Hinsicht in den rechtlichen Grundlagen zu verankern - und diesen dann auch nachzuleben, damit Muri-Gümligen im nächsten Gemeinderating ein besseres Bild abgeben wird.

Die aktuellen Weisungen über das Beschaffungswesen der Gemeinde enthalten weder Vorgaben zur Beschaffung von lokalen Anbietern, noch Vorgaben für eine sozial, ökologisch und finanziell nachhaltige Beschaffung. Der Gemeinderat wird mit dieser Motion aufgefordert, entsprechende Anpassungen der Weisungen über das Beschaffungswesen vorzunehmen/vorzuschlagen. Mögliche Änderungen:

- ❖ Ein Passus, wonach lokale Anbieter systematisch zur Offertstellung einzuladen sind;
- ❖ Ein Passus, wonach lokale Anbieter bei freihändigen Verfahren angemessen zu berücksichtigen sind;
- ❖ Ein Passus, wonach die soziale, ökologische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit das prioritäre Kriterium für die Vergabe von Aufträgen darstellt. Entsprechende Formulierungen sollten sich in den Beschaffungsgrundlagen der Stadt Bern und der Gemeinde Ittigen finden lassen, die im Gemeinderating die besten Noten erhielten. Als Hintergrundinformation kann auch das "Leitbild Nachhaltige Beschaffung" der Stadt Bern dienen:

http://www.nachhaltige-beschaffung.ch/pdf/Leitbild_Nachhaltige_Beschaffung_in_der_Stadtverwaltung_Bern.pdf

Es empfiehlt sich auch, für die nötigen Vorkehrungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffungspraxis von den Erfahrungen und den Lösungen der Stadt Bern und von Ittigen zu profitieren (z.B. (Mit-)Nutzung der verwaltungsinternen Plattform «Chouff Fair» der Stadt Bern).

Muri-Gümligen, 20. September 2016

G. Siegenthaler Muinde

J. Stettler, B. Schneider, R. Waber, R. Racine, K. Jordi, E. Schmid, Y. Brügger, M. Wälti (9)

Postulat forum betr. "Lokal Einkaufen" Funktion/App

Der Gemeinderat wird gebeten, die Schaffung einer "Lokal Einkaufen" Funktion bzw. App zu prüfen; falls zweckdienlich können die entsprechenden Überlegungen im Rahmen der Erarbeitung eines neuen Konzepts für die Gemeinde-Webseite erfolgen.

Überlegungen

Lokales Einkaufen hat nicht nur gesellschaftliche Bedeutung (Muri-Gümligen soll nicht zur reinen Schlafstadt werden, weil Einkäufe nur noch in Bern oder im Internet stattfinden), sondern lokales Einkaufen minimiert auch Transportwege, fördert nachhaltige Produkte, sichert Arbeitsplätze und generiert Steuereinnahmen für die Gemeinde. Sprich, lokales Einkaufen ist tendenziell nachhaltiger und dessen Förderung ist aus verschiedenen Gründen von öffentlichem Interesse.

Welche Rolle kann und will die Gemeinde - im Zusammenspiel mit dem Gewerbeverein - bei der Förderung des lokalen Einkaufens durch die Bevölkerung spielen? Denn der Druck auf die lokalen Geschäfte steigt stetig. Dabei geht es schon lange nicht mehr nur um die Konkurrenz unter den Läden, sondern zunehmend um die Konkurrenz aus dem Internet.

Als KonsumentIn in der Gemeinde kennt man meist die Geschäfte in seiner näheren Umgebung. An anderen Geschäften ist man vielleicht schon vorbeigefahren, kennt aber deren Sortiment nicht und hat meist keine Zeit, einfach einmal reinzuschauen und sich schlau zu machen. Andere Geschäfte kennt man überhaupt nicht oder hat sie schon lange nicht mehr besucht. Und vielleicht existieren sie gar nicht mehr?

Selbst als Person, welche gerne lokale Anbieter unterstützen will, ist es somit schwierig, dies auch tatsächlich zu tun: Man weiss gar nicht, wer welche Produkte verkauft. Da ist es dann oft naheliegender und "sicherer" in der Stadt oder via Internet nach dem Gewünschten zu suchen.

<p>Kennen Sie den Direktverkauf ab Hof bei Gurtner an der Feldstrasse?</p> <p>Wer kann ein T-Shirt bedrucken und wo lassen sich fairtrade Rosen kaufen?</p> <p>Wissen Sie, dass in Gümligen Zentrum Uhren repariert werden?</p>

Gerade Mikrounternehmen, für welche die aktive Positionierung und Bewirtschaftung einer online Präsenz eine Herausforderung ist, dürften von einer "Lokal Einkaufen" Funktion bzw. App profitieren. Eine erste, nicht repräsentative Umfrage bei lokalen Anbietern bestätigt denn auch das Interesse. Und ja, dieses Wirtschaftssegment ist höchst relevant:

Marktwirtschaftliche Unternehmen und Beschäftigte nach Grössenklassen, 2013

In allen 3 Wirtschaftssektoren, provisorische Ergebnisse

Grössenklassen nach Vollzeitäquivalenten	Unternehmen		Beschäftigte	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Mikrounternehmen (0 bis <10 VZÄ)	519'697	92.3	1'316'074	30.6
Kleine Unternehmen (10 bis <50 VZÄ)	35'213	6.3	874'654	20.3
Mittlere Unternehmen (50 bis <250 VZÄ)	7'003	1.2	822'946	19.1
KMU (bis <250 VZÄ)	561'913	99.8	3'013'674	70.0
Grosse Unternehmen (250 VZÄ und mehr)	1'265	0.2	1'289'646	30.0
Total	563'178	100.0	4'303'320	100.0

Stand der Daten: 11.08.2015

Quelle: Statistik der Unternehmensstruktur STATENT

Auf diesem Hintergrund bitten wir den Gemeinderat zu prüfen, ob die Schaffung einer "Lokal Einkaufen" Funktion oder App ein sinnvolles und innovatives Instrument zur Förderung der lokalen Wirtschaft wäre - ganz im Sinne der zahlreichen eingangs erwähnten Vorteile für Bevölkerung und Gemeinde. Dabei wäre eine enge Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein anzustreben; "Lokal Einkaufen" muss allerdings allen Unternehmern in der Gemeinde offen stehen.

Ist der Gemeinderat bereit, bei der Überarbeitung der Gemeinde-Webseite auch innovative Schritte zu gehen? Im heutigen Zeitalter ist die Webseite einer Gemeinde immer weniger nur für Informationen da, sondern muss vermehrt interaktive Funktionen anbieten, welche für die Bevölkerung einen Mehrwert generieren. Dadurch ergeben sich Synergien, indem verschiedene Nutzer auf die Gemeinde-Webseite gelangen. Die Funktion "Lokal Einkaufen" würde den Website-Traffic erhöhen und möglicherweise bei der Suchmaschinenoptimierung helfen.

Das forum ist interessiert, die Gemeindeverwaltung bei den weiteren Überlegungen zu einer kostengünstigen und effektiven "Lokal Einkaufen" Funktion / App zu unterstützen. Deren Entwicklung könnte durchaus auch Marktpotential bei anderen Gemeinden haben.

Erste Überlegungen wurden bereits gemacht. Stichworte: Jeder lokale Anbieter soll autonom sein Sortiment / seine Dienstleistungen aufschalten und verwalten (kein

Aufwand für die Gemeinde oder einen Betreiber), spezielle Qualitätslabels können sichtbar gemacht werden (fairtrade; Bio; ...), Öffnungszeiten und Standort sind gut ersichtlich, Kunden können den Anbieter bzw. seine Produkte bewerten. Zentral sind Nutzerfreundlichkeit und eine gute Suchfunktion, damit ein Kunde schnell herausfinden kann, ob und wo in der Gemeinde das Gewünschte in der gefragten Qualität (Label) zu kaufen wäre.

Muri-Gümligen, 20. September 2016

G. Siegenthaler Muinde

J. Stettler, K. Jordi, P. Rösli, M. Wälti, M. Anrig (6)

Interpellation Kästli / Schmitter betr. Schleichverkehr im Villettequartier

In verschiedenen Quartieren der Gemeinde, unter anderem im oberen Villettequartier sind die Anwohner in erheblichem Masse mit Schleichverkehr in den Quartierstrassen (Schlössliweg, Graffenriedstrasse und Jägerstrasse) konfrontiert. So wird z.B. während der Stosszeit am Morgen der Stau vor der Verkehrsampel im Egghölzli durch die zum Teil mit Fahrverboten belegten Quartierstrassen umfahren.

Der Gemeinderat wird zu folgenden Punkten um Auskunft gebeten:

- Wie überwacht die Gemeinde die Einhaltung von Fahr- und Abbiegeverboten, insbesondere die ihr bekannte Situation in der Vilette?
- Wurden Kontrollaktionen durch die Polizei durchgeführt oder sind solche in der nächsten Zeit geplant?
- Ist die Gemeinde bereit, im Sinne der Gleichbehandlung der betroffenen Strassen auch für die Jägerstrasse ein Fahrverbot mit Zubringerdienst zu signalisieren und entsprechende Kontrollen durchzuführen?

Begründung

In der Stosszeit am Morgen staut sich der Verkehr auf der Thunstrasse in Richtung Egghölzli oft bis weit in die Gemeinde hinein, was zur Folge hat, dass recht viele Automobilisten, sobald sie den Stau bemerken, durch die Quartierstrassen (Jägerstrasse, Graffenriedstrasse, Schlössliweg) in die Dunantstrasse und danach (oft unerlaubterweise) im Egghölzli in die Egghölzlistrasse abbiegen und so den Stau vor der Ampel im Egghölzli umfahren.

Für die Anwohner an diesen Strassen ist diese Situation unhaltbar, zumal in dieser Tagesphase auch Schulkinder auf dem Schulweg sind und die Automobilisten die Geschwindigkeitsbeschränkung (Tempo 30) offenbar nicht immer einhalten.

Schlössliweg und Graffenriedstrasse sind mit einem Fahrverbot für Motorfahrzeuge (Zubringerdienst gestattet) belegt, nicht aber die Jägerstrasse. Dies wird von den Anwohnern nicht verstanden.

Es wäre zu prüfen, ob ggf. weitere Signale aufgestellt werden müssen und vor allem, ob die Polizei während den morgendlichen Verkehrsspitzen vermehrt Kontrollen durchzuführen hat. Bekanntlich sind Verbote ja nur sinnvoll, wenn sie auch durchgesetzt werden!

Muri bei Bern, 20. September

M. Kästli
B. Schmitter

A. Bärtschi, D. Arn, E. Mallepell, M. Gubler, K. Jordi (7)

Einfache Anfrage Racine (SP): sicherer Kinderspielplatz?

Warum ist der Spielplatz an der Ecke zwischen der Wiesenstrasse und dem Dammweg nicht mit einem Zaun gesichert?

Der Spielplatz anfangs Wiesenstrasse und Dammweg in Gümligen ist bei Kindern sehr beliebt, da es keine grossen Alternativmöglichkeiten im Quartier Melchenbühl zum Spielen gibt. Allerdings ist der Spielplatz mit keinem Zaun gesichert und ist zudem ziemlich eng. Dies kann sehr gefährlich sein, da verschiedentlich Kinder, im Spiel versunken, bereits auf die Strassen gerannt sind. Insbesondere für die Eltern bedeutet dies eine Stresssituation, da die Kinder permanent beobachtet werden müssen und im Grunde nicht für sich allein spielen können.

Gümligen, 20. September 2016

Raphael Racine

Y. Brügger, B. Wegmüller, J. Brunner, E. Schmid, B. Schneider, R. Waber (7)

Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, heute werde im Raum nebenan nach der Sitzung ein Imbiss von der FDP/jf-Fraktion angeboten. Er bedanke sich an dieser Stelle ganz herzlich dafür.

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Vizepräsident: Die Protokollführerin:

Walter Thut

Anni Koch